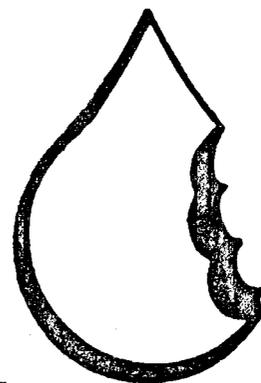


Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung in Bayern -IKT-

8702 Margetshöchheim · Mainstraße 54 · Tel. (0931) 461071

IKT-Info-Dienst



8/Sept. 87

T E R M I N E

- 11.-13.9. 10. Hafenlohralfest in Hafenlohr /Spessart
So. 13.9. 14 Uhr Kundgebung im Festzelt in Hafenlohr
- Do. 24.9. 20 Uhr BN-Veranstaltung mit Dr. Hubert Weiger und P. Etthöfer gegen Fernwasser, Ort: Kirchehrenbach (Pfarrheim)/Fränk. Schweiz
- Sa. 3.10. 19 Uhr IKT-Treffen mit Mitgliedern der VBI Rottal/Inn in Staffelstein, Gasthaus Grüner Baum (aus Platzgründen max. 2 Teilnehmer pro Initiative)

Lieber Leser!

Die Lage an der "Wasserfront" ist in den letzten Monaten reichlich verworren. Während man in manchen Landesteilen auf den ersten Blick von einem Wandel sprechen möchte, wird anderswo die Fernwasseranschlußpolitik rigoros durchgezogen.

Der tatsächliche oder vermeintliche Wandel zeigt sich besonders deutlich am geplanten Hafenlohraltalspeicher, der mittlerweile sogar von Teilen der CSU mehr oder weniger abgelehnt wird. Andererseits wird zwischenzeitlich in der Rhön, trotz ehemals guter Absichten vieler Kommunalpolitiker, eine Gemeinde nach der anderen ans Fernwasser angeschlossen. Vielerorts gehen die Zweckverbände auch weiterhin mit allen juristischen Mitteln gegen Anschlußunwillige vor.

Obwohl die Zeit wegen der verschärften Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes drängt und obwohl gerade in diesem Jahr die Nitratwerte in vielen Gemeinden, die bislang als relativ problemlos galten, kräftig angestiegen sind, hat man es in Bayern offensichtlich nicht eilig, amtlicherseits Maßnahmen zu ergreifen, die das Problem an der Wurzel packen und die kommunale Trinkwasserversorgung erhalten können.

Einziger Lichtblick ist, daß endlich der Landtagsbeschluß vom 12.6.86 verwirklicht wurde und die Zuschußrichtlinien mit Wirkung vom 1.7.87 für wasserwirtschaftliche Maßnahmen so geändert wurden, daß mittlerweile auch der Grunderwerb zum Zweck der "gütemä-

ßigen Sanierung von Trinkwasserschutzgebieten" gefördert werden kann.

Wenn die Bayer. Staatsregierung nicht mehr zur Nitratsenkung und zur Sicherung der kommunalen Trinkwasserversorgungen unternimmt, dann ist der Weg in den Wasserzweckverbandsstaat vorgezeichnet, dann werden wir in den nächsten Jahrzehnten die Folgen, nämlich qualitative und quantitative Trinkwasserprobleme, zu spüren bekommen. Man darf doch nicht ernsthaft glauben, daß man das Grund- und Trinkwasser straflos auf der Fläche ver-ludern lassen und die Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensmittel Nr. 1 auf Dauer von einigen krisenanfälligen und verwundbaren Großentnahmestellen aus garantieren kann.

Die IKT fordert deshalb die Bayer. Staatsregierung unmißverständlich auf, umgehend eine Offensive für die Sanierung und die Erhaltung unserer Trinkwasservorräte im ganzen Land zu starten!

Erst wenn die ganze Palette der Maßnahmen, angefangen von der Gesetzgebung über die Verordnungen bis hin zu Zuschußrichtlinien und Beratung ausgeschöpft ist, hat die dezentrale Wasserversorgung auch weiterhin eine Chance. Es reicht eben nicht, in einer Richtlinie unter Ziffer 5.2.2.2 einen Halbsatz einzufügen, was fehlt, ist ein offensiv vorgetragenes Konzept zur Trinkwassersicherung. Das müßte man erst einmal haben, und dann müßte man dafür bei den Gemeinden wer-

ben, mit Argumenten und mit Zuschüssen. Gar nicht so einfach, bei einer Wasserwirtschafts- und Landwirtschaftsbürokratie, zu deren Handwerkszeug jahrzehntelang offensichtlich nur Scheuklappen, Reißzeug und Taschenrechner gehört haben, nicht aber das Empfinden für das, was für Natur und Bevölkerung lebenswichtig und verträglich ist. Und erst recht nicht leicht, wenn man die vom hohen Roß des Besserwissers vorgetragene Argumente mancher Planungsbüros entkräften muß, die seit Jahren ihr Geld mit Fernwasseranschlußprojekten verdient haben. Die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, daß es vertane Zeit ist, auf die Initiativen und Eingebungen der großen Politik

und der Bürokraten zu warten. Bewegt hat sich nur da etwas, wo Bürger und Kommunalpolitiker selbst die Sache in die Hand genommen haben, Widerstand gegen teure Großprojekte geleistet, Alternativen aufgezeigt und vor allem nicht lockergelassen haben. Im Klartext: Hoffnung besteht überall dort, wo nicht nur von Demokratie gefaselt wird, sondern wo sie auch praktiziert wird, d.h. wo die Bevölkerung sich um ihre Belange selbst kümmert. Deshalb ist die Arbeit der Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung vor Ort nötiger denn je!

Peter Etthöfer
- Landesgeschäftsführer -

wasser + recht ...

Neue Zuschußrichtlinie

Die Richtlinie für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas) wurde mit Wirkung vom 1.7.87 geändert. Damit wurde dem Landtagsbeschluß vom 12.6.86 Rechnung getragen, daß auch der Erwerb von Flächen für die natürliche Sanierung von Wasserschutzzonen gefördert werden soll. Von Bedeutung ist vor allem Punkt 5.2.2.2. Dies gilt jedoch vorerst nur für Kauf, nicht aber für die Pacht von Flächen.

Die Richtlinie ist im Ministerialamtsblatt Nr. 13 vom 30.6.87, S.300 ff veröffentlicht, das bei allen Verwaltungsgemeinschaften aufliegen muß. Bitte machen Sie Ihre Kommunalpolitiker auf diese Förderungsmöglichkeit aufmerksam!

Verwaltungsgericht für Teilbefreiung

Das Verwaltungsgericht Würzburg hat am 1.4.87 einem Landwirt aus Mömbris Recht gegeben, der gegen den Zweckverband Fernwasser Spessartgruppe auf Befreiung vom Anschluß- und Benutzungszwang klagte. Dem Kläger wurde zugestanden, Brauchwasser für sein Vieh aus dem eigenen Brunnen zu entnehmen. (AZ: W2K86

1262). Interessierte können Kopien gegen Einsendung von 1,90 DM in Biefmarken bei der Geschäftsstelle anfordern.

OVG Schleswig gegen Befreiung vom Anschlußzwang

Unser Mitglied Manfred Wagner aus Jersbek (Niedersachsen) prozessiert schon seit Jahren gegen das Amt Bargtheide-Land, um vom Anschluß und Benutzungszwang befreit zu werden. Das Oberverwaltungsgericht Schleswig hat nun mit Entscheidung vom 29.4.87 (AZ: 14 OVG A 83/85 / 4 A 296/84 - Schleswig) die Berufung des Klägers zurückgewiesen und damit den Anschlußzwang bestätigt. Obwohl Revision nicht zugelassen ist, will Wagner dagegen Beschwerde einlegen. Eine Teilbefreiung hält das OVG allerdings für möglich. Ökologische Argumente des Klägers hat das OVG nicht berücksichtigt. Die Tatsache, daß er ein Gerät zur Nitratreduzierung in seiner Anlage eingebaut hat, wurde als Argument gegen die Eigenversorgung gewertet. Wer sich für dieses Urteil interessiert, kann sich mit der Geschäftsstelle in Verbindung setzen.

aus dem Landtag ...

BN-Petition noch immer nicht behandelt!

Obwohl der Bund Naturschutz bereits am 12.5.86 in einer Petition an den Landtag Priorität für die kommunale Trinkwasserversorgung gefordert hat, wurde diese Petition bis heute noch nicht behandelt. Laut Tagesordnung sollte die Petition zwar am 2.7.87 vom Unterausschuß behandelt werden. Als aber der BN-Vertreter und der eigens nach München gereiste IKT-Geschäftsführer zur Sitzung erschienen, erklärte man ihnen, daß die Petition kurzfristig abgesetzt sei. Es ist anzunehmen, daß sie in diesen Tagen be-

handelt wird.

Allzuviel Hoffnung sollte man sich jedoch nicht machen. Eine ähnlich lautende Petition der IG Niederhausen wurde nämlich im Kommunalausschuß niedergebügelt, obwohl die Petenten und die IKT darum gebeten hatten, sie zusammen mit der BN-Petition im Unterausschuß zu behandeln. Der für Niederhausen zuständige Landtagsabgeordnete ist übrigens der Vorsitzende des Unterausschusses und designierte Tandler-Nachfolger Erwin Huber. Er ist an der für die IG Niederhausen negativen Entwicklung sicher nicht unschuldig.

IKT-Kontakt mit CSU-Landtagsabgeordneten

Am 22. Mai trafen Landesvorsitzender Schönauer und Geschäftsführer Etthöfer im Hafenlohrtal mit CSU-MdL Eberhard Sinner zusammen. Sinner gab zu verstehen, daß er als offizieller Vertreter der Landtags-CSU das Gespräch führt. Breiten Raum nahm die Zukunft des Hafenlohrtals ein, das für einen Trinkwasserstausee unter Wasser gesetzt werden soll. Sinner hat in den letzten Monaten einige Anfragen an die Landesregierung gestellt, die erkennen lassen, daß er kein Freund des Hafenlohrspeichers ist und Maßnahmen zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung für sinnvoll hält. So ist es sicher vor allem seinem Einfluß zuzuschreiben, daß der Kreistag von Main-Spessart sich am 6.7.87 fast einstimmig gegen den Bau des Hafenlohrtalspeichers ausgesprochen hat.

Besonders interessiert waren die IKT-Vertreter an der CSU-Haltung zum Bayer. Wassergesetz, das z.Z. novelliert wird. Nach Sinners Worten sei damit zu rechnen, daß Ausgleichszahlungen an Landwirte für Nutzungseinschränkungen vom Wasserversorgungsunternehmen getragen werden müßten und somit zwangsläufig an den Verbraucher weitergegeben würden. Damit der Bürger aber nicht zu stark belastet werde, sei geplant, daß der Staat dann mit Zuschüssen eingreife, wenn der Wasserpreis prozentual zu stark ansteige oder absolut eine gewisse Grenze übersteige (Sinner deutete an, daß dies bei 1,30 DM der Fall sein könne).

IKT-Gespräch mit SPD-Landtagsfraktion

Am 27. Mai traf sich der IKT-Vorstand mit SPD-Landtagsabgeordneten in Nürnberg. Über die meisten Punkte konnte man Einigung erzielen. Nach den Worten der SPD-Vertreter sei allerdings kaum damit zu rechnen, daß durch das Bayer. Wassergesetz staatliche Zuschüsse in dem Rahmen zu erwarten seien, wie sie CSU-MdL Sinner angedeutet hat.

MdL Mehrlich übergab bei der Gelegenheit auch Unterlagen über eine Reihe von Initiativen, die die SPD auf dem Trinkwassersektor plant. So befürwortet die SPD schärfere Bestimmungen bei der Einleitung von Stoffen in Gewässer und beim Umgang mit wassergefähr-

denden Stoffen.

Für die IKT sind drei Anträge besonders interessant: So soll die öffentliche Wasserversorgung Vorrang vor anderen Nutzungen des Grundwassers haben. Zweitens wird ein Programm für den finanziellen Ausgleich für die Land- und Forstwirte gefordert, die Dünger und Pflanzenschutzmittel in bestimmten Zeiten oder Mengen einsetzen bzw. bei der Anwendung bestimmte Arbeitsweisen anwenden oder auf bestimmte Pflanzenkulturen oder Anbauweisen verzichten. Und schließlich wird beantragt, daß derartige Ausgleichsmaßnahmen vom Staat und nicht vom Versorgungsunternehmen getragen werden sollen.

Initiativen der Grünen im Landtag

Eine Reihe von Anträgen der GRÜNEN bei der Haushaltsberatung geht offensichtlich auch auf Anregungen der IKT zurück, die der Landesvorstand bei seinem Kontaktgespräch mit Vertretern der GRÜNEN-Fraktion vorgebracht hat. So sieht ein Antrag die Bezuschussung von Pacht und Erwerb von Grundstücken in Trinkwassereinzugsbereichen kleinerer Gemeinden vor. Außerdem wird die verstärkte Förderung von Umweltschutzsonderprogrammen für die Landwirtschaft gefordert. Weiterhin haben die GRÜNEN beantragt, der Geologischen Landesanstalt 5 Mio. DM für die Erforschung der Grundwassereinzugsbereiche im Haushaltsplan 87/88 zuzuteilen. Die genaue Erforschung der Grundwassereinzugsgebiete ist ein wichtiges Anliegen der IKT, da nur so sinnvolle Sanierungsmaßnahmen möglich sind.

Wichtig!!! Die GRÜNEN haben angeboten, im Landtag Förderanträge zu stellen, wenn Gemeinden technische Anlagen zur Nitratreduzierung errichten wollen. Bitte setzen Sie sich mit der Landesgeschäftsstelle in Verbindung, wenn Sie von diesem Angebot Gebrauch machen wollen!

SPD-Vorstoß für Eppler-Pilotanlage

SPD-MdL Herbert Franz hat sich in mehreren Schreiben und Anfragen an Innenminister Lang für die Errichtung einer Pilotanlage der Fa. Eppler zur biologischen Nitratreduzierung eingesetzt und mittlerweile dem Innenministerium detaillierte Unterlagen des Ing.-Büros Eppler (7295 Dornstetten) zugeleitet.

adressen ... firmen ...

Sulzer-Kostenvoranschlag für Nitratreduktion

Die Fa. Sulzer Wasser- u. Abwassertechnik (Butzbach, Wetzlarer Str. 99) hat, wie bereits im letzten Info-Dienst kurz erwähnt, ein Verfahren zur Nitratreduzierung entwickelt, das jederzeit einsatzbereit ist. Sulzer hat nun für die Gemeinde Margetshöchheim

einen Kostenvoranschlag für die Errichtung ihrer Denitropur-Anlage ausgearbeitet. Wir veröffentlichen hier die wichtigsten Passagen, da wir glauben, daß sie für Gemeinden mit vergleichbaren Problemen eine erste Orientierung sein können. Nähere Informationen in der Geschäftsstelle oder direkt bei

Sulzer. Das Angebot ist bezogen auf eine Jahresfördermenge von 160.000 cbm, einen Nitratwert von 55-65 mg/l und einen angestrebten Nitratwert von 25 mg/l. Die komplette Anlage (H₂-Sättiger, Reaktoren mit Füllkörperelementen, Oxidationskolonnen mit 2-Schichtfiltern, Spülwasserpumpen, Gebläse, Ventilatoren, Armaturen und elektr. Schaltanlage) samt Engineering, Montage und Inbetriebnahme kostet ohne MWSt DM 670.000,--. Nicht enthalten sind Gebäude, Sockelplatte und die Aufstellung eines Wasserstoffbehälters und eines CO₂-Behälters. Die Betriebskosten werden von Sulzer mit DM 0,18 pro m³ Wasser angegeben. (Ohne Kapitalkosten und Strommehrkosten bei Druckerhöhung auf 6 bar)

Jetzt auch Nitratreduzierung für Gehöfte

Nach Mitteilung der Fa. Eppler hat die Kernforschungsanlage Jülich, Abt. Mikrobiologie einen Reaktor zur biologischen Denitrifikation von Grundwasser entwickelt, der spe-

ziell für Einzelgehöfte oder kleine Siedlungen einsetzbar ist. Die Anlage wird zusammen mit einer Filteranlage der Fa. Eppler zur Nachreinigung betrieben und soll je nach Größe 40 - 60.000,--DM kosten. Die Bedienung soll einfach sein, einer besonderen Ausbildung bedarf es nicht. Nach Mitteilung von Alwin Eppler wäre eine solche Anlage rentabler als kilometerlange Zuleitungen an die zentrale Versorgung, da allein 1 km Zuleitung schon 200.000 DM kostet.

Nitratsenkung durch Tieferbohren

Wie uns die Fa. Brunnentechnik Heinz Schuh, 8531 Hagenbüchach mitteilt, wurde in einigen Fällen durch Tieferbohren eine sensationelle Nitratsenkung erzielt. Grundsätzlich ist es ratsam, sich in solchen Fällen bei Hydrogeologen oder seriösen Brunnenbaufirmen zu informieren, da sich derartige Erfolge nur bei entsprechenden geologischen Verhältnissen einstellen.

IKT intern ...

Mitgliedsbeitrag

Eine Reihe von Interessengemeinschaften hat ihren Jahresbeitrag für 87 (DM 50, für fördernde Mitglieder DM 30) noch nicht bezahlt. Bitte überweisen Sie ihn baldmöglichst auf Kto-Nr. 810 081 323 bei der Sparkasse Neustadt/Aisch-Bad Windsheim (BLZ 762 510 20), damit die IKT handlungsfähig bleibt!

Treffen mit der VBI in Staffelstein

Am 3.10. besteht die Möglichkeit zu einem Informationsaustausch mit der VBI Rottal/Inn in Staffelstein (19 Uhr im Grünen Baum). Die VBI wird uns über den aktuellen Sachstand in Niederbayern informieren. Da die Raumverhältnisse sehr beengt sind, bitten wir darum, daß pro Interessengemeinschaft maximal 2 Vertreter teilnehmen. Es wäre gut, wenn Sie Ihr Kommen kurz dem Geschäftsführer telefonisch mitteilen könnten (Tel. 0931/461071).

Wasserschutzzonen

Bitte überprüfen Sie, ob Ihre Wasserfassung

über ein ausgewiesenes Wasserschutzgebiet verfügt. Setzen Sie sich dafür ein, daß bei bestehenden Wasserschutzzonen das Verordnungsmuster 3/86 in Kraft gesetzt wird. Das Muster können Sie von der Geschäftsstelle erhalten.

Informationsfluß

Bitte schicken Sie der Geschäftsstelle öfter einmal einen Sachstandsbericht, falls sich bei Ihnen etwas Neues ergibt, damit wir informiert sind und im Info-Dienst darüber berichten können.

Landesmitgliederversammlung

Nach § 6 der Satzung ist jährlich eine Mitgliederversammlung einzuberufen. Bei dieser Gelegenheit steht auch die Neuwahl des Lit desvorstands an. Als Termin böte sich Ende Oktober bis Mitte November an. Welche Interessengemeinschaft hat Interesse, die Landes-tagung bei sich auszurichten? Günstige Verkehrslage wäre wünschenswert.

rund ums Wasser ...

KAB Oberhaid gegen Fernwasser

Mit Informationsveranstaltungen, Flugblättern und Pressearbeit versucht z.Z. die KAB Oberhaid den drohenden Fernwasseranschluß an den Kemmerner Ast der FWO zu verhindern. Ekkehart Koser vom Landesvorstand unterstützte die Oberhaider vor Ort. Wie in vielen anderen Gemeinden auch muß dort von engagierten Bürgern bei den Kommunalpolitikern erst einmal mühselige Überzeugungsarbeit geleistet werden, da dort die gesamte SPD-Fraktion und einige CSU-Gemeinderäte zum Vollanschluß ans

Fernwasser tendieren.

Creussen wehrt sich gegen Fernwasser

Die rührige Creussener IKT-Gruppe macht z.Z. den Versuch, den Fernwasseranschluß abzuwehren. Der Ort ist zwar seit geraumer Zeit Mitglied im Zweckverband, hatte bislang aber kein Fremdwasser gebraucht und bezogen. Auf jeden Fall soll der Vollanschluß verhindert werden, zumal beim Anschluß eines Werkes an einen nitratreichen Brunnen genügend gutes Wasser vorhanden wäre.

Droht Würzburg Wassernotstand?

MdL Christian Will und Landrat und Zweckverbandsvorsitzender Schreier (beide CSU) gehen im Raum Würzburg wieder einmal mit dem Gespenst des Wassernotstands hausieren. Hintergrund ist, daß der Würzburger Stadtwerke-Chef Utschig (auch CSU) schon mehrmals beteuert hat, Würzburg brauche den Hafentalspeicher nicht und könne sich aus eigenen Quellen versorgen. Will und Schreier aber wissen es besser: Sie sehen in trockenen Jahren einen Wassernotstand für den Raum Würzburg voraus, es sei denn, ihr Lieblingsprojekt, der Hafentalspeicher, wird verwirklicht. Will läßt gar die Katze aus dem Sack: Er wendet sich "vehement gegen eine unkontrollierte Ausweitung von Wasserschutz-zonen vor allem im Einzugsgebiet der Stadt Würzburg". Will sollte sich beim dafür zuständigen Landrat Nachhilfeunterricht im Wasserrecht geben lassen. Eine unkontrollierte Ausweitung von Schutzzonen gibt es nur in der Phantasie des Abgeordneten. Mit solchen haltlosen Parolen soll offensichtlich nur die Landwirtschaft gegen die Sicherung der örtlichen Wasserversorgungen aufge-wiegelt werden.

Straßensperre zum Schutz des Trinkwassers?

Stadtwerkechef Utschig (Würzburg) hat die Sperrung der Staatsstraße nach Hettstadt gefordert, die durch das Würzburger Wasser-schutzgebiet führt. Er zog sich deswegen die heftige Kritik des CSU-MdL Will zu. Will befürwortet vielmehr den dreispurigen Ausbau dieser Straße. Laut Main-Post v. 26.8. stellte Will die Frage, welchen Preis man bei einem Verzicht des Hafentalspeichers zu zahlen habe. Sollte dieses Projekt nicht gebaut werden, bedeute das gleichzeitig eine Ausweitung von Wasserschutz-zonen und weitere Einschränkungen der Landwirtschaft. Denkbar wäre auch ein Baustopp in den einzelnen Gemeinden. Soweit der Abgeordnete Will, bei dem der kurzfristige Vorteil ganz offensichtlich Vorrang vor der langfristigen Sicherung der Grundwasservorräte hat.

Kriminelle Überdüngung in Margetshöchheim

Die Maintalgemeinde Margetshöchheim un-ternimmt seit Jahren beachtliche Anstrengungen, um durch Nutzungsverringerung im Wassereinzugsgebiet die Nitratwerte zu senken. Sie hat damit eine Art Vorreiterrolle gespielt und auch Anfangserfolge vorzuweisen. Seit dem letzten Jahr war bei den Nitratwerten allerdings wieder ein Aufwärtstrend zu verzeichnen. Wie im letzten Info-Dienst bereits berichtet, hat deswegen der IKT-Geschäftsführer im Margetshöchheimer Gemeinderat die Untersuchung von Bodenproben aus der Wasser-

schutzzone auf Stickstoff beantragt. Die Ergebnisse waren niederschmetternd: Auf den 6 untersuchten Rhabarberparzellen lagen die N-Werte/ha bei 165, 291, 379, 468, 582 und 624 kgN. Dabei gelten 45 kg N noch als was-serverträglich, bei 90 kg hört die ordnungsgemäße Landwirtschaft auf. Es ist also kein Wunder, daß bei einer derartigen Überdüngung die Maßnahmen der Gemeinde nicht kurzfristig zum Erfolg führen können.

Obwohl der Gemeinderat ursprünglich beschlossen hat, bei erwiesener Überdüngung Anzeige zu erstatten, schreckte man vor diesem Schritt dann doch zurück. Man stellte allerdings allen Grundbesitzern in der Wasserschutzzone gegen Unterschrift eine ausführliche Stellungnahme der Gemeinde zum Nitratproblem und ihren Ursachen mit Düngevorschlägen und Strafvorschriften zu. In Zukunft werden nun vom Landwirtschaftsamt in der Wasserschutzzone flächendeckend Bodenproben genommen.

Da ein Mißerfolg der Margetshöchheimer Nitrat-senkungsmaßnahmen Signalwirkung für andere, noch zögernde Gemeinden haben könnte, hat sich die IKT eingeschaltet und die Aktivitäten des dortigen Bund Naturschutz unterstützt. In Schreiben an das Landesamt für Wasserwirtschaft, die Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau und viele andere Ämter hat sich die IKT darum um klare Stellungnahmen zum Problem der Überdüngung bemüht. Die IKT hat vor allem die Initiative des Bund Naturschutz unterstützt, in die Verordnung für die Wasserschutzzone ein Verbot von Sonderkulturen, Beregnung und Kleingärten, eine Begrenzung des zulässigen Reststickstoffs am Ende der Vegetationszeit, die Verpflichtung zum Zwischenfruchtanbau und ein Düngerverbot in der vegetationslosen Zeit aufzunehmen. Dies würde zwar aller Voraussicht nach bedeuten, daß die Gemeinde Ausgleich an die Landwirte zahlen müßte. Das käme für die Margetshöchheimer aber immer noch billiger als Fernwasser.

Erste Reaktionen zeigen, daß man amtlicherseits bereit sein könnte, zumindest teilweise auf diese Forderungen einzugehen. So stellte die Landesanstalt für Bodenkultur fest, daß die ermittelten Werte sehr hoch seien, und empfiehlt, in der Nähe des Fassungsbereiches keine hoch mit Stickstoff zu düngenden Ackerkulturen anzubauen.

Das Landesamt für Wasserwirtschaft stellt fest, daß Kulturen mit kurzer Vegetationszeit und Stickstoffgabe vor der Ernte (Gemüse) problematisch seien. Bei Sonderkulturen könne es relativ leicht zu einer Überdüngung kommen. Ein Verbot bestimmter Kulturen sei im Rahmen der Schutzgebietsverordnung grundsätzlich möglich.

Auch das Landratsamt Würzburg erklärte: "Sollte das Amt für Landwirtschaft und Bodenkultur letztendlich diese Annahmen bestätigen und ebenfalls zu dem Ergebnis kommen, daß Sonderkulturen bzw. Kleingartennutzung möglicherweise mit der Nitratbelastung in Zusammenhang zu bringen sind, wäre die Aufnahme dieser Verbotsvorschriften in eine zu ergehende Schutzgebietsverordnung sicherlich sinnvoll."

Sinn der IKT-Aktivitäten ist es, Schutzgebietsverordnungen durchzusetzen, die auf die jeweiligen Probleme vor Ort zugeschnitten sind. Das neue Verordnungsmuster 3/86 ist sicher nicht schlecht, aber Allzwecklösungen, die ja meist nur der kleinste gemeinsame Nenner sind, reichen in der heutigen Trinkwassersituation nicht mehr aus.

Literatur

Rohmann/Sontheimer, Nitrat im Grundwasser, Engler-Bunte-Institut der Uni Karlsruhe (ein umfassendes und sehr lesenswertes Werk!)

Prof. Dr. G. Preuschen hat in der Schriftenreihe der Stiftung Ökologischer Landbau (Eisenbahnstr. 28, 6750 Kaiserslautern) eine Schrift über das Wirtschaften in Wassereinzugsgebieten verfaßt. Er empfiehlt nicht die Anlage von Grünland, sondern spricht sich für bestimmte ökologische Wirtschaftsweisen aus. Das Problem dürfte sein, daß kaum genügend Landwirte zu finden sind, die ökologisch wirtschaften.

HANS-PETER KASTENHUBER

Das Rezept, die weitere Ausbringung nitrathaltigen Düngers im Einzugsbereich der Brunnen zu verhindern, schien erfolgreich zu sein. Schon nach einem Jahr — etwa 15 Hektar waren bereits unter gemeindlicher Kontrolle — wurden bei Probemessungen Nitratwerte von 52 Milligramm des vor allem für Säuglinge gesundheitsgefährdenden Nitrats ermittelt. Doch nach diesem ersten Erfolge stagnierte der Schadstoffrückgang. Der Nitratwert liegt nach jüngsten Messungen zwischen 57 und 65 Milligramm pro Liter.

Als Stichprobe bei der Ermittlung des pflanzenverfügbaren Stickstoff tatsächlich Werte bis zu 624 Kilogramm pro Hektar ergaben. (Fachleute nennen als Grundwassererträgliche Menge 90 Kilogramm), bekam die Mehrheit des Gemeinderats plötzlich Angst vor der eigenen Courage. Der Beschluß, bei Überdüngung Anträge zu erstatten, wurde rückgängig gemacht, statt dessen drohte man den betroffenen Bauern an, künftig hart vorzugehen.

Nach Ansicht Peter Ethhöfers müßte der gesamte Sonderkulturranbau aus der Wasserschutzzone verbannt werden. Doch diesen entschlossenen Schritt wage die Gemeinde, beziehungsweise der Landkreis, nicht. Die Verwaltung verweist auf den Mangel an geeigneter Tauschfläche. Aus diesem Grund kommt man auch mit Pacht und Ankauf nicht mehr so recht voran. Gemeindekämmerer Walter Heinrich: „Das Wasserschutzgebiet ist das einzige ebene Gelände in Gemeindegrenze. Die Bauern wollen ihre Felder dort behalten.“ Von den 25 Hektar sind mittlerweile 37 Hektar zu einem Quadratmeterpreis von 15 Mark angekauft worden. Acht Hektar befinden sich in Gemeindepacht, und auf 4,8 Hektar wird von den Landwirten gegen eine Entschädigungszahlung der Gemeinde Roggen ohne Düngung angebaut.

Angesichts eines von 90 auf 50 Milligramm pro Liter herabgesetzten Grenzwertes (gültig seit 1. Oktober 1986) hatte der Gemeinde der Anschluß ans Fernwassernetz gedroht. Das hätte nicht nur Geld gekostet — nach eigenen Schätzungen bis zu einer Million —, sondern auch einen Verlust an Eigenständigkeit bedeutet. Bürgermeister und Gemeinderat zogen es daher vor, das eigene Trinkwasser zu sanieren.

Sorgen bereitet ihm vor allem der Abbau von Sonderkulturen im Wasserschutzgebiet. Die gewinnträchtigen, aber auch sehr düngenteintensiven Erdbeer- und Rhabarberfelder tragen nicht unwesentlich zur Nitratversuchung des Bodens bei. Im Gemeinderat regte Ethhöfer an, durch die Untersuchung von Bodenproben festzustellen, auf welche Rhabarberfelder noch vor der Ernte übermäßig Dünger ausgebracht wurde. Laut Besitzer der Felder angezeigt werden.

Auch wenn die Nitratwerte momentan noch über der 50-Milligramm-Obergrenze der Trinkwasserordnung liegen und die Übergangsfrist für die Sanierungsmaßnahmen in drei Jahren ausläuft, möchte man in Margetshöchheim den eingeschlagenen Weg weitergehen. Ertüchtigend wirken da unter anderem die zum 1. Juli des Jahres geänderten „Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben“ des Freistaats. Vor allem den Bemühungen der IKT ist es wohl zu verdanken, daß von der Staatsregierung nun auch der Grunderwerb in Wasserschutzzonen bezuschult wird.

MARGETSHÖCHHEIM — Was man sich vor drei Jahren in der 2900 Einwohner zählenden Gemeinde nördlich von Würzburg zur Qualitätsverbesserung des aus zwei Brunnen geförderten Trinkwassers vornahm, wurde schon kurze Zeit später fast bundesweit in den Medien als „Margetshöchheimer Modell“ bejubelt. Im 25 Hektar großen Wasserschutzgebiet begann die Kommune landwirtschaftliche Nutzfläche zu kaulen, zu pachten und in Grünland umzuwandeln, das nicht mehr gedüngt wurde. Auf diese Weise sollte die zeitweise über 80 Milligramm pro Liter liegende Nitratbelastung des Wassers gesenkt werden.

„Wir hatten uns zweifellos mehr erhofft“, gesteht Peter Ethhöfer, Gemeinderat und einer der engagiertesten Verfechter der Trinkwassersanierung. Seit einem Jahr ist er außerdem Geschäftsführer der landesweiten Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwassererzeugung (IKT). Ethhöfer erinnert daran, daß Fachleute von Anfang an vor allem großen Optimismus gewarnt hätten. Trotzdem so glaubt er, könnte man in Margetshöchheim schon weiter sein.

Der Mangel an Tauschgrundstücken erschwert den Ankauf landwirtschaftlich intensiv genutzter Flächen — Zerschluß zugesagt

Anschriften:

1. Vors.: Sebastian Schönauer, Setzbornstr. 34, 8751 Rothenbuch, Tel. 06094/457

Kurzmeldung: Der Bürgermeister von Hafenlohr hat von der Reg.v.Ufr. einen Rüffel erhalten, weil er ein Grundstück im gepl. Speicher an den BN verkauft hat. Der Vertrag sei sittenwidrig, wenn er zur Verhinderung des Speichers geschlossen sei.

Nürnberg *Nachrichten* 2.1.87
Margetshöchheim steht mit seinen Bemühungen um eine Nitratreduzierung im Trinkwasser vor Problemen
Ärger mit Erdbeer- und Rhabarberfeldern
Der Mangel an Tauschgrundstücken erschwert den Ankauf landwirtschaftlich intensiv genutzter Flächen — Zerschluß zugesagt